



Kreuz in den Trümmern, Foto Peter sen.

war die endlose Trümmerlandschaft des zerstörten Stadtzentrums nur schwierig zu durchqueren. In dieser Situation waren die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung auf sich allein gestellt. »Die wenigen Verwaltungsstellen der Stadt, die im Gebiet der Bezirksstelle lagen, sind zum überwiegenden Teil zerstört«, berichtete die Bezirksstelle Strehlen am 21. Februar. »Die Verwaltungstätigkeit ist dadurch völlig zum Erliegen gekommen. Die hilfsbedürftige Bevölkerung wendet sich z. Z. an die Ortsgruppen. Die Verwaltung wird daher notwendigerweise als erste Übergangsmaßnahme in den Ortsgruppen aufgenommen werden müssen, damit dort so schnell wie möglich die Bevölkerung von sachkundigen Beamten ... betreut werden kann.«¹⁵⁾ Tatsächlich sind die wichtigsten Verwaltungsarbeiten unmittelbar nach den Luftangriffen im Februar im wesentlichen in den Auffangstellen und in den Geschäftsstellen der NSDAP-Ortsgruppen vorgenommen worden. Vor allem mußten die Obdachlosen durch das Wohlfahrtsamt registriert und mit den notwendigen Dokumenten versehen werden, ohne die sie weder Verpflegung, noch Unterkunft oder Unterstützung erhalten hätten. Die Erfassungslisten waren eine der Grundlagen für die Arbeit des Vermißtennachweises. Das Wirtschaftsamt stellte Bezugsscheine für den dringlichsten Bedarf an Kleidung oder Hausrat aus. Aus der Kasse des Kriegssachschädenamtes erhielten die Geschädigten, die nicht nur oft ihre Geldmittel verloren hatten, sondern durch die Zerstörung ihrer Arbeitsstellen auch ohne Einkünfte waren, Vorausentschädigungen, die sie für das Weiterleben benötigten. Bereits am Tage nach der Februarkatastrophe war dem städtischen Einsatzstab klar geworden, daß unter den Bedingungen der totalen Zerstörung großer Bereiche der Stadt eine wie bisher zentrale Verwaltung nicht handlungsfähig sein würde. Am 16. Februar wurde daher das Stadtgebiet in zunächst sechs, später sieben Verwaltungsbezirke unterteilt, die nach den Weisungen einer Zentralverwaltung weitgehend selbständig arbeiten sollten. Eine reichliche Woche nach den Luftangriffen konnten in den Bezirken »die vorsprechenden Volksgenossen voll abgefertigt werden«¹⁶⁾, wie es in einer Meldung heißt. Die für das gesamte Stadtzentrum zuständige

war die endlose Trümmerlandschaft des zerstörten Stadtzentrums nur schwierig zu durchqueren. In dieser Situation waren die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung auf sich allein gestellt. »Die wenigen Verwaltungsstellen der Stadt, die im Gebiet der Bezirksstelle lagen, sind zum überwiegenden Teil zerstört«, berichtete die Bezirksstelle Strehlen am 21. Februar. »Die Verwaltungstätigkeit ist dadurch völlig zum Erliegen gekommen. Die hilfsbedürftige Bevölkerung wendet sich z. Z. an die Ortsgruppen. Die Verwaltung wird daher notwendigerweise als erste Übergangsmaßnahme in den Ortsgruppen aufgenommen werden müssen, damit dort so schnell wie möglich die Bevölkerung von sachkundigen Beamten ... betreut werden kann.«¹⁵⁾ Tatsächlich sind die wichtigsten Verwaltungsarbeiten

unmittelbar nach den Luftangriffen im Februar im wesentlichen in den Auffangstellen und in den Geschäftsstellen der NSDAP-Ortsgruppen vorgenommen worden. Vor allem mußten die Obdachlosen durch das Wohlfahrtsamt registriert und mit den notwendigen Dokumenten versehen werden, ohne die sie weder Verpflegung, noch Unterkunft oder Unterstützung erhalten hätten. Die Erfassungslisten waren eine der Grundlagen für die Arbeit des Vermißtennachweises. Das Wirtschaftsamt stellte Bezugsscheine für den dringlichsten Bedarf an Kleidung oder Hausrat aus. Aus der Kasse des Kriegssachschädenamtes erhielten die Geschädigten, die nicht nur oft ihre Geldmittel verloren hatten, sondern durch die Zerstörung ihrer Arbeitsstellen auch ohne Einkünfte waren, Vorausentschädigungen, die sie für das Weiterleben benötigten. Bereits am Tage nach der Februarkatastrophe war dem städtischen Einsatzstab klar geworden, daß unter den Bedingungen der totalen Zerstörung großer Bereiche der Stadt eine wie bisher zentrale Verwaltung nicht handlungsfähig sein würde. Am 16. Februar wurde daher das Stadtgebiet in zunächst sechs, später sieben Verwaltungsbezirke unterteilt, die nach den Weisungen einer Zentralverwaltung weitgehend selbständig arbeiten sollten. Eine reichliche Woche nach den Luftangriffen konnten in den Bezirken »die vorsprechenden Volksgenossen voll abgefertigt werden«¹⁶⁾, wie es in einer Meldung heißt. Die für das gesamte Stadtzentrum zuständige